

Stand: 03.05.2026 01:30:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23246

"Geordnetes Rettungswesen auf dem Mittelmeer - Seenotretter nicht für Handlungsunfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich machen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23246 vom 11.07.2018
2. Beschluss des Plenums 17/23467 vom 12.07.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 12.07.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Geordnetes Rettungswesen auf dem Mittelmeer – Seenotretter nicht für Handlungsunfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass bis zur Oktobertagung des Europäischen Rates folgende substanziellen Fortschritte zur Beseitigung unkontrollierter Migrationsbewegung im Mittelmeerraum erreicht werden:

- Intensivierung der Maßnahmen gegen von Libyen oder anderen Orten aus operierenden Schleusern.
- Unterstützung der besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum.
- Erhöhung der Unterstützungsleistungen insbesondere für die Sahelzone, die libysche Küstenwache, die humanitäre freiwillige Rückkehr, die Zusammenarbeit mit anderen Herkunfts- und Transitländern und die freiwillige Neuansiedlung.
- Effektive Durchsetzung geltenden Rechts im Hinblick auf die im Mittelmeer verkehrenden Schiffe, die die Einsätze der libyschen Küstenwache nicht stören dürfen.
- Vorlage des Konzepts „regionaler Ausschiffungsplattformen“, das in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden Drittländern sowie dem UNHCR und der IOM erarbeitet werden soll.
- Eine solidarische Umverteilung der Flüchtlinge in den EU-Mitgliedstaaten schaffen, damit politische Konflikte der Mitgliedstaaten nicht länger auf dem Rücken der Seenotretter ausgetragen werden und die Pflicht zur Seenotrettung unterminiert wird.

Begründung:

Es besteht nach Art. 98 des Seerechtsübereinkommen (SRÜ) eine Pflicht zur Seenotrettung. Fährt ein Schiff unter deutscher Flagge, so würden Verstöße gegen die Rettungspflicht Straftaten gemäß § 323c Strafgesetzbuch (StGB) und Ordnungswidrigkeiten nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über die Sicherung der Seefahrt (SeeSicherV) darstellen. Alle EU-Staaten sind verpflichtet, an Seenotrettung mitzuwirken und zu kooperieren. Sie sind zudem dazu verpflichtet, alles zu verhindern, was eine Seenotrettung behindern könnte. Hier muss gerade für die Seenotretter Rechtsicherheit geschaffen werden. Gleichzeitig ist mit dieser Situation aber auch die Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der Außengrenzen der EU in Frage gestellt.

Deshalb ist es erforderlich, dass zentrale Schlussfolgerungen des EU-Gipfels vom 28. Juni 2018 schnellstmöglich und substantiiert umgesetzt werden, damit auf der kommenden Oktobertagung des Europäischen Rates ernsthafte Ergebnisse vorliegen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/23246

Geordnetes Rettungswesen auf dem Mittelmeer – Seenotretter nicht für Handlungsunfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Katharina Schulze

Abg. Eva Gottstein

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Christine Kamm

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dank an Seenotretterinnen und Seenotretter (Drs. 17/23227)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Geordnetes Rettungswesen auf dem Mittelmeer - Seenotretter nicht für Handlungsunfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich machen!

(Drs. 17/23246)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Seenotrettung verstärken, Seenotretter unterstützen und auszeichnen!

(Drs. 17/23247)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU)

Humanität und Ordnung - Schlüssel einer verantwortungsvollen

Migrationspolitik (Drs. 17/23248)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baschar ist 14 Jahre alt und möchte später Fußballer werden und, wenn das nicht klappt, dann eben Koch, weil er immer gerne seiner Mutter in der Küche geholfen hat. Leila hat zwei Kinder und wünscht sich nichts mehr, als dass sie in Frieden aufwachsen können. Sie wurde auf der Flucht schon mehrfach

vergewaltigt, ist jetzt mit dem dritten Kind schwanger und hat es gerade so an die Küste nach Libyen geschafft. Gemeinsam hoffen sie, irgendwie nach Europa zu kommen; denn in ihrem Land herrschen Terror und Krieg.

Nur kommen diese Menschen nie in Sicherheit an. Sie waren so verzweifelt, dass sie sich in ein Schlauchboot gesetzt haben. Das Schlauchboot kenterte, und niemand war da, um ihnen zu helfen. Kolleginnen und Kollegen, Baschar und Leila sind fiktive Personen; denn wir kennen die Geschichten der gestorbenen Menschen nicht. Wir wissen nur, dass sie keine Einzelfälle sind. Im Juni 2018 sind 629 Menschen im Mittelmeer ertrunken – 629. Seit dem 1. Januar 2018 waren es mehr als 1.400 Personen, und die Dunkelziffer ist weit höher. Babys sind dabei, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, ältere Menschen, Jungen, Mädchen, Frauen und Männer, manche mit großen Träumen, andere mit ganz kleinen, manche mit Hoffnung im Herzen und andere mit ganz großer Trauer. Sie alle eint, dass das Mittelmeer zu ihrem Massengrab wurde. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, sage ich hier und heute laut und klar: Das Sterben im Mittelmeer muss endlich aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, was noch aufhören muss? – Das Kriminalisieren und Abwerten von Seenotretterinnen und Seenotrettern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich ist es doch ganz einfach: Wenn jemand am Ertrinken ist, dann helfe ich, und wenn jemand einen anderen vor dem Ertrinken gerettet hat, dann sage ich Danke. Das sagt der gesunde Menschenverstand, und das sagt auch ein mitfühlender Mensch.

Das sagt aber nicht der CSU-Bundesinnenminister. Horst Seehofer hat gesagt, dass man die Crew der "Lifeline", die 234 Menschen gerettet hat, doch zur Rechenschaft ziehen müsse. Ich habe, ehrlich gesagt, erwartet, dass er dem Landsberger Kapitän

Claus-Peter Reisch und seiner Crew dankt und behilflich ist, dass sie einen sicheren Hafen finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich ertrage es nur schwer, dass wir einen Bundesinnenminister in diesem Land haben, der feixend davon spricht, dass an seinem 69. Geburtstag 69 Flüchtlinge nach Afghanistan abgeschoben worden sind. Einer davon hat sich in Kabul erhängt. Es muss Ihnen von der CSU doch eigentlich auch unglaublich wehtun, wenn Sie so etwas hören. Und ich ertrage es auch nur ganz schwer, einen CSU-Innenminister in diesem Land zu haben, der die Helfenden kriminalisieren möchte, anstatt die Seenotrettung zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Da muss ich Sie von der CSU schon mal fragen: Wo ist Ihre Humanität? Und wie sehr muss man sich eigentlich verhärten, wenn man Menschen ertrinken lässt, weil das dann vielleicht in irgendeiner Form abschreckend wirken soll?

(Zuruf von der CSU: Niemand lässt jemanden ertrinken! So eine Unverschämtheit!)

Wissen Sie, was ich auch nicht mehr ertrage? – Den Hass und die Hetze gegen Geflüchtete in Teilen der Gesellschaft. Mir tut es persönlich total weh, wenn ich online lesen muss, dass Menschen, die Kinder aus Meerwasser retten, als Schlepper bezeichnet werden. Wenn Menschen jedoch Kinder aus Höhlenwasser retten, werden sie im gleichen Atemzug als Helden bezeichnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da läuft doch so vieles unglaublich schief.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer einen anderen Menschen rettet, der oder die ist immer ein Held oder eine Heldin, egal, wo die Rettung stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich ertrage auch die mangelnde Bereitschaft der Großen Koalition auf Bundesebene nur schwer. Sie sorgt nämlich auf europäischer Ebene nicht für die Seenotrettung und die Aufnahme von Geflüchteten und setzt sich dafür nicht massiv und stärker ein. Ich persönlich, nicht nur ich als GRÜNEN-Abgeordnete, sondern ich als Mensch und als Bürgerin dieses Landes, erwarte, dass die Regierung sichere Fluchtwege im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR schafft. Ich erwarte eine konsequente Fluchtursachenbekämpfung. Ich erwarte ein europäisch organisiertes und ausreichend ausgestattetes Seenotrettungsprogramm unter Beteiligung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Und ich erwarte nicht nur als GRÜNEN-Politikerin, sondern als Bürgerin und als Mensch, dass den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gedankt wird und sie nicht bei ihrer Arbeit behindert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich finde das, ehrlich gesagt, überhaupt nicht zu viel verlangt. Es erschüttert mich eher, dass wir im Jahre 2018 diese Selbstverständlichkeiten so offensiv erwähnen müssen. Und bei diesem Thema geht es nicht nur mir so; unzähligen Menschen in diesem Land kann es nicht passen, wie die Große Koalition gerade agiert.

Wissen Sie, was der Hoffnungsschimmer ist? – Der Hoffnungsschimmer ist, dass dann, wenn die Regierungsparteien nicht handeln, die Bürgerinnen und Bürger es eben selbst machen. Sie haben es wahrscheinlich mitbekommen: Über 400.000 Euro wurden von zwei Prominenten in ganz kurzer Zeit an Spenden gesammelt. Unzählige Menschen packen auf den verschiedenen Seenotrettungsschiffen im Mittelmeer selbst mit an. Das, Kolleginnen und Kollegen, macht mir Hoffnung, das gibt mir Mut, und dafür sage ich im Namen der GRÜNEN-Fraktion heute und hier herzlich Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn jetzt irgendjemand meint, er oder sie müsse weiter die Fratze der Inhumanität zeigen, dann kann ich ihm oder ihr nur zurufen: Es wird weiter ganz viele tapfere, mutige Menschen in unserem Land geben, die sich klar zu Menschlichkeit und Humanität bekennen. Wir, Kolleginnen und Kollegen, schauen nicht weg, wenn Baschar, Leila und all die anderen sich in wackelige Boote setzen müssen, weil sie in ihrer Heimat momentan keine Zukunft mehr haben. Und wir werden Sie auch immer weiter daran erinnern, dass Sie als Regierung mitverantwortlich sind, wenn Ertrinkenden der Rettungsring verweigert wird.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Seenotrettung": Wenn mir – und ich denke, da bin ich nicht alleine – vor zehn Jahren jemand diesen Begriff genannt hätte und gesagt hätte, dass das ein Thema in den Medien wird, ein Thema in Reportagen, ein Thema in der Politik, ein Thema im Bayerischen Landtag und natürlich vor allem ein Thema in der Wirklichkeit, dann hätte ich mir das nicht vorstellen können.

Ich zitiere einen aktuellen Kommentar aus einer bayerischen Zeitung:

Wir können uns nicht auf Menschenrechte, Aufklärung und Humanismus berufen und gleichzeitig die Rettung Ertrinkender kriminalisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich zitiere weiter:

Es geht nicht um unterschiedliche Auffassungen, wie man mit Migrantinnen- und Flüchtlingsbewegungen umgehen soll. Es geht nicht darum, dass man "nicht alle aufnehmen" kann. Es geht schlicht um ein Mindestmaß an Zivilisiertheit: Wer ge-

rade dabei ist, zu ertrinken, der ist weder Flüchtling noch Migrant, der ist weder Afrikaner noch Europäer, weder Muslim noch Christ, der ist ein Mensch, der gerade dabei ist, zu ertrinken, und man muss alles unternehmen, um ihn zu retten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So stand es in der "Süddeutschen Zeitung vom 5. Juli 2018. Das ist natürlich richtig, und das entspricht auch völlig dem Artikel 98 des Seerechtsübereinkommens. Aber in diesem Seerecht ist natürlich auch reguliert, wie man bei der Seenotrettung letztendlich mit Gesetzen umzugehen hat und dass auch hier ein geordnetes Verfahren nötig ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns heute dieses Themas annehmen. Es zeigt sich auch, denke ich, dass dieses Thema jeder Fraktion hier im Haus wichtig ist, weil jede Fraktion zu diesem Thema einen Antrag vorgelegt hat. Ausgangspunkt ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, zu dem gerade Kollegin Katharina Schulze gesprochen hat. Er ist recht einfach, griffig formuliert; den Seenotretterinnen und Seenotrettern wird gedankt. Diesem Dank schließen wir uns als FREIE WÄHLER natürlich an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es gibt nun drei nachgezogene Anträge. Ich meine, es ist positiv in diesem Haus, wenn man seine Nuancen, seine Schwerpunkte zu einem Thema, das eine Fraktion über ihren Antrag vorgibt, auszudrücken versucht.

Die SPD formuliert: "Seenotrettung verstärken, Seenotretter unterstützen und auszeichnen!" Das ist zu unterstützen. Ich sage aber auch gleich: Wir FREIE WÄHLER werden uns wegen des vierten Spiegelstrichs enthalten. Darin werden Äußerungen des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat verurteilt, gegebenenfalls den Kapitän und die Besatzung des Rettungsschiffes "Lifeline" wegen Verstoßes gegen das Seerecht strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen usw. usf. Es läuft ein rechtsstaatliches Ermittlungsverfahren. Der Kapitän ist gegen Kautions freigelassen worden. Wir haben nicht die Informationen, die es zulassen würden, uns hier ein Urteil zu bilden. Deshalb enthalten wir uns.

Zum Dringlichkeitsantrag der CSU "Humanität und Ordnung – Schlüssel einer verantwortungsvollen Migrationspolitik": Wir kritisieren an diesem Antrag, dass letztendlich die Ursachen, zumindest in der Formulierung zur Notwendigkeit der Seenotrettung, in erster Linie bei den Schleppern verortet werden, dass die EU-Außenpolitik aber nicht genannt wird. Wir stimmen dem Antrag trotzdem zu. Er ist in der Grundhaltung natürlich auch in unserem Sinne.

Nun zu unserem eigenen Dringlichkeitsantrag, dem Antrag der FREIEN WÄHLER: Wir fordern ein "Geordnetes Rettungswesen auf dem Mittelmeer – Seenotretter nicht für Handlungsunfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich machen!". Wir sind in unseren Forderungen sehr konkret. Wir machen die Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels vom 28. Juni 2018 zum Gegenstand und wollen mit unserem Antrag deutlich machen, dass diese Beschlüsse in den kommenden zwei Monaten, also bis zum Oktober, mit Inhalten gefüllt werden müssen.

Ich möchte betonen: Alle Anträge, zumindest die drei nachgezogenen, die nicht nur den Dank an die Retter zum Ausdruck bringen, wobei "nur" nicht verkleinernd gemeint ist, zeigen ganz deutlich: Die Themen, die wir in diesem Zusammenhang behandeln müssen, sind die Schleuserproblematik, die Fluchtursachenbekämpfung, die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern, der Schutz der EU-Außengrenzen und die solidarische Umverteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten. Ich meine, bei diesem Thema sieht man, dass das hier von niemandem bezweifelt wird. Alle EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, an der Seenotrettung mitzuwirken und zu kooperieren. Sie sind zudem dazu verpflichtet, alles zu verhindern, was wiederum die Seenotrettung behindern könnte. Ich glaube, wir müssen hier mit Augenmaß vorgehen. Natürlich ist es eine Frage der Ethik, der Humanität; aber natürlich sind wir auch politisch gefordert, und mit unserem Dringlichkeitsantrag wollen wir dies angehen. Wir bitten deswegen um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich dem Kollegen Rosenthal das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Kollege Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist ein ernstes, ein wichtiges, ein zentrales Thema. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, auch im Namen meiner Fraktion, dass wir dieses Thema hier im Hohen Haus, im Bayerischen Landtag, besprechen.

Die Rettung von in Seenot geratenen Menschen ist ein zutiefst humanitärer Akt. Ich verweise auf zwei Daten, die uns innehalten lassen sollten in diesem Streit: einmal auf die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, auf die wir uns im Europarat verständigt haben, in Kraft getreten 1953, die Verpflichtung zu Humanität, zur Achtung der Menschenrechte, und zwar als individuelles Menschenrecht. Was sich rund um die "Lifeline" im Bundestag und vor allen Dingen ausgehend vom Bundesinnenminister Seehofer abgespielt hat, ist nach meinem Verständnis und dem Verständnis der Fraktion nicht das, was wir als humanitären Akt, als würdiges Behandeln von Menschen betrachten, die ihr Leben eingesetzt haben, um andere Menschen zu retten. "Lifeline" steht für Humanität. Bei der Indienststellung des Schiffes unter neuem Namen wurde möglicherweise – das wissen wir bis zum heutigen Tag nicht – gegen niederländisches Recht verstoßen. Das mag sein.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein!)

Aber was sich rund um diese Geschichte dort abgespielt hat, ist zutiefst unwürdig und beschämend,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

weil man die Menschen, die aus humanitären Gründen ihr Leben einsetzen, um andere Menschen zu retten, im Prinzip nun einem Shitstorm von Rechtspopulisten aussetzt.

Ich erinnere an ein zweites Datum, das vielleicht in einem sehr engen Zusammenhang steht und uns innehalten lassen sollte: Évian 1938. Es war ein Versuch der Staaten Europas und der internationalen Weltgemeinschaft zu dem Problem der rapide ansteigenden Flüchtlingszahlen von Juden aus Deutschland und Österreich; das ist erst 80 Jahre her. 32 Nationen trafen sich und 24 Hilfsorganisationen. Das Ergebnis war eine moralische Katastrophe. Die rapide ansteigenden Flüchtlingszahlen aus Österreich und Deutschland fanden kein Gehör. Es ist ein moralisches Versagen der westlichen Demokratien gewesen. Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und Österreichs wurden auf der Konferenz als Problem gesehen und nicht als Menschen in Not. Der Aufnahmebereitschaft der meisten Länder waren enge Grenzen gesetzt – oder sollte man sagen: engherzige Grenzen? – Die These war: Wir sind grundsätzlich kein Einwanderungsland. Andere wiesen darauf hin, dass sie lediglich als Transitland für die Geflüchteten zur Verfügung stehen. – Sehen Sie Parallelen zu dem Europa, zu dem wir heute eigentlich stehen sollten, zu einem Europa, das die humanitären Katastrophen, auch Afrikas, als einen Teil der europäischen Aufgabe und Lösung sehen muss?

(Beifall bei der SPD)

Die Situation im Mittelmeer sollte für uns Politiker selbstverständlich Anlass für eine humanitäre Selbstverpflichtung sein, wie sie auch rechtlich in den Richtlinien und Gesetzen, in unserem Strafgesetz, aber auch in den Seerechtskonventionen, niedergelegt ist. Jedes Schiff, das Schiffbrüchige sieht, ist verpflichtet, zu retten und zu helfen. Ich verweise ausdrücklich auf das Protokoll, das der "SPIEGEL" am 11.07.2018 veröffentlicht hat. Darin berichtet der Kapitän über die Irrfahrt des Rettungsschiffes "Lifeline". Ich verweise darauf, dass es inzwischen organisierte Kriminalität im Mittelmeer gibt. Banden bringen die in Seenot geratenen Flüchtlinge auf und verkaufen sie für

100 Dollar pro Kopf. Menschenhandel im Mittelmeer, im europäischen Meer, und wir schauen weg! Ich verweise darauf, dass Afrika vor unserer Haustüre liegt, dass sich dort jeden Tag eine menschliche Katastrophe ereignet. Ich verweise darauf, dass wir als Europäer eine moralische, eine humanitäre und auch eine wirtschaftliche Verantwortung für diesen Kontinent haben.

(Beifall bei der SPD)

Viele dieser Grenzen sind mit dem Lineal von europäischen Staaten gezeichnet worden. Ein Teil der Korruption in diesen Ländern findet in Europa Verstärkung, weil wir wegschauen oder weil wir es zulassen, dass diese Korruption durch unsere Vertragskultur nicht unterbunden wird, weil nicht geholfen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa kann nur zu einer Einheit zusammenwachsen, wenn die Staaten Europas sich zusammenfinden. Nationale Lösungen sind zum Scheitern verurteilt, und zwar an dieser Stelle ebenso wie an jeder anderen Stelle. Deshalb muss von uns ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus ausgehen. Jede nationale Lösung führt zu stärkerem Unglück für Menschen. Sie stärkt auch die Rechtspopulisten. Vielleicht haben Sie, wie ich auch, heute die neuesten Umfragen gelesen. Parolen, Rhetorik – das Den-Rechtspopulisten-Nachlaufen hat Methode. Die Agenda kann nur sein: Europa ist die Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich weiß, das ist nicht einfach. Ich weiß, darum müssen wir kämpfen. Wir sollten es aber mit aufrechtem Gang tun und mit einer Vision, dass dieses Europa ein Europa der humanitären Antworten ist in einer Welt, die zunehmend inhumaner wird. Wir lassen es zu, und durch dieses Zulassen machen wir uns mitschuldig. Durch dieses Weggucken machen wir uns mitschuldig. Unser Antrag hat deshalb zum Ziel, die Seenotrettung zu verstärken, die Seenotretter zu unterstützen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir jeden Tag Hunderte, vielleicht sogar Tausende von Leichen an den Stränden des Mittelmeeres ertragen. Das soll unsere Antwort sein auf die Katastro-

phen, die sich im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent abspielen? – Nein! Wir sollten innehalten. Wir sollten verstehen: Mit diesem Streit der demokratischen Parteien an dieser Stelle verstärken wir die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa und auf der Welt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich die Zwischenbemerkungen der Abgeordneten der AfD im Deutschen Bundestag anschauen, dann wird Ihnen schlecht. Darauf brauchen wir eine demokratische Antwort. Wir brauchen eine Antwort für Europa, und dieser Strom, diese Energie muss von einem Deutschland ausgehen, das Verantwortung für den europäischen Einigungsprozess übernommen hat. Deutschland muss ihn an dieser Stelle erneuern. Wir müssen dafür unsere ganze wirtschaftliche und politische Kraft einsetzen.

Zu den Anträgen. Wir werden den Antrag der GRÜNEN unterstützen. Wir werden auch den Antrag der FREIEN WÄHLER unterstützen, auch wenn Sie sich bei unserem Antrag enthalten. Wir werden den Antrag der CSU nicht unterstützen, weil er an der Sache vorbeigeht und das Thema nicht so aufgreift, wie wir uns das als gemeinsame europäische Antwort, als gemeinsame Antwort aller demokratisch verantwortlichen Parteien gewünscht hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist das Land des gelebten Ehrenamtes. Nirgends setzen sich so viele Menschen ein, um für andere eine Hilfe zu sein. Das hat sich nicht zuletzt bei der Flüchtlingskrise gezeigt. Viele Menschen aus Bayern haben sich aufgemacht, um den Menschen zu helfen. Dafür vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Diese Hilfe ist ein Ausdruck von Humanität, von der Humanität, für die Bayern steht. Auch das Retten von Menschen aus Seenot gehört in diesen Bereich. Deshalb allen, die sich hier betätigen, vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist nicht zuletzt deshalb das Land der gelungenen Integration, weil sich auch hier viele einbringen, denen wir ebenfalls danken.

Gerade das ehrenamtliche Engagement prägt das Bild eines Landes, das weltoffen ist und in das man gerne kommt. Bei alledem dürfen wir aber nicht die Augen davor verschließen, dass diese Humanität, diese Hilfsbereitschaft von Schlepperbanden – das haben wir heute gerade gehört – ausgenutzt wird, quasi als Werkzeug genutzt wird, um darauf ein Geschäftsmodell aufzubauen. Ich sage ganz bewusst "Geschäftsmodell". Menschen in Afrika, Menschen in anderen Ländern außerhalb Europas werden dazu gebracht, sich auf völlig seeuntüchtige Boote zu begeben und Wege auf sich zu nehmen, die nicht zum Erfolg führen können. Diesen Menschen werden dafür dann auch noch hohe Summen abverlangt. Das tun die Schlepperbanden wohl wissend, dass sie diese Menschen damit in Lebensgefahr bringen, die sich leider, leider auch häufig realisiert.

(Beifall bei der CSU)

Wir alle wollen nicht, dass Menschen im Mittelmeer zu Tode kommen. Genau aus diesem Grund sind wir der festen Überzeugung, dass die Menschen sich nur dann nicht mehr unter Versprechungen aufs Mittelmeer begeben, aufgrund der Versprechen von Kriminellen, von absolut skrupellosen Banden, wenn wir miteinander verschiedene Maßnahmen treffen. Für uns sind das ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Ich sage hier ganz unumwunden, ich verstehe nicht, weshalb der Etat des Entwicklungshilfeministers gekürzt wird.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut!)

Das ist hier zwar nicht der richtige Ort, um das zu kritisieren, aber ich habe dafür keinerlei Verständnis. Letztendlich kann ich doch allein mit gutem Willen keine Fluchtursachen bekämpfen. Als Entwicklungshilfeminister brauche ich dazu doch auch "a weng a Geld".

(Beifall des Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU))

Wir müssen diese Schleuserbanden noch intensiver bekämpfen. Wir müssen die Finanzwege dieser Banden unterbinden. Es ist nicht hinnehmbar, dass man ein skrupelloses Geschäftsmodell betreibt, indem man Menschen in einer schlimmen Situation Hoffnungen macht und ihnen Versprechungen auftischt. Wir wollen damit auch verhindern, dass sich Menschen in seeuntüchtigen Booten auf diesen Weg machen. Deshalb wollen wir die Einrichtung von Asylzentren in Nordafrika forcieren.

(Thomas Gehring (GRÜNE): In Libyen! Mit einer libyschen Regierung!)

Diese Zentren bieten die Möglichkeit, dass dort festgestellt werden kann, ob diese Menschen in Europa eine Zukunft haben, weil sie politisch verfolgt sind oder weil sie vor Bürgerkrieg fliehen. Genau dafür steht das Asylrecht unseres Grundgesetzes. Dort kann geprüft werden, ob die Menschen auf dem Asylweg bei uns eine Zukunft haben. Das soll diesseits des Mittelmeeres festgestellt werden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Von wem denn? Von den libyschen Banden?)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir, wenn wir diese vier Punkte tragfähig machen, diesen Schlepperorganisationen, die von der Hoffnung der Menschen leben, das Handwerk legen können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Guttenberger, bitte bleiben Sie am Rednerpult.

Petra Guttenberger (CSU): Entschuldigung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kein Problem. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben von Ehrenamtlichen gesprochen, die sich im Bereich Asyl und Flucht engagieren, und ihnen gedankt. Ihnen herzlichen Dank dafür. Ich bitte Sie aber: Schauen Sie in die Gesichter der Ehrenamtlichen, deren schutzbedürftige Flüchtlinge, um die sie sich gekümmert hatten, mitten aus den Abschlussprüfungen für den Mittelschulabschluss ahnungslos herausgerissen und abgeschoben worden sind. Schauen Sie sich diese Gesichter an, und schauen Sie, was mit den Ehrenamtlichen und was mit den Flüchtlingen passiert. Wir müssen hier mit den Menschen anders umgehen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Sie suggerieren, dass die Rettungsleistungen der NGOs dazu führen, dass die skrupellosen verbrecherischen libyschen Banden die Menschen aufs Mittelmeer setzen. Sie setzen sie in Schiffen aufs Mittelmeer, in denen niemand von uns übers Mittelmeer und noch nicht einmal über den Ammersee setzen würde.

Dies ist aber nicht der Fall. Schauen Sie, was in den letzten zwei Wochen passiert ist. In den letzten zwei Wochen waren keine NGOs unterwegs, und es sind von diesen verbrecherischen Banden genauso viele Menschen aufs Meer gesetzt worden. Es sind über 1.400 Menschen ertrunken, weil ihnen keiner geholfen hat. Die Schlepper suggerieren den Menschen einfach irgendetwas. Die sagen, da vorne ist schon Italien, derweil ist das nur eine Ölplattform. Sie setzen die Menschen einfach aufs Meer. Das hat nichts mit den NGOs zu tun, sondern das hat mit verbrecherischen Banden zu tun, die an einem bestimmten Küstenabschnitt Libyens von 80 Kilometern Breite operieren. Diesen Banden legt niemand das Handwerk.

Wir haben sogar die Befürchtung, dass das genau dieselben sind, die anschließend in der libyschen Küstenwache einen Zweitjob schieben. Wir müssen wirklich darauf achten: Wenn die EU die libysche Küstenwache finanziert, dann muss die EU auch die li-

bysche Küstenwache kontrollieren und schauen, was sie tut. Wir haben da ein enormes Defizit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Petra Guttenberger (CSU): Frau Kollegin Kamm, für den Schutz der EU-Außengrenzen ist unter anderem die Grenz- und Küstenwache FRONTEX zuständig.

(Christine Kamm (GRÜNE): Warum tun die nichts? Warum?)

Ich habe es jetzt nicht ausgeführt, wir wollen aber natürlich, dass FRONTEX verstärkt wird, damit in rechtsstaatlicher Weise eine Hilfsmöglichkeit zur Verfügung steht. Damit ist eigentlich alles gesagt.

Noch mal zur Klarstellung: Ich habe es auch nicht so verstanden, dass ich jetzt behauptet hätte, dass sich die Leute wegen der NGOs auf den Weg machen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das möchte ich noch einmal klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Vier Minuten! Nicht dass wieder Nachfragen kommen.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir müssen jetzt noch mal über den CSU-Antrag reden, weil dieser Antrag tatsächlich die andere Seite der Seenot beleuchtet hat. Dieser Antrag hat dabei sehr wohl engagierte Retter als Helfer von Schleppern diskreditiert. Das steht wörtlich so drin.

Sie reden in Ihrem Antrag auch davon, dass Fluchtursachen zu bekämpfen sind. Ich erzähle Ihnen jetzt mal von Menschen, deren Heimat mit Waffen aus dem Westen zerstört wurde, in deren Ländern, wie zum Beispiel in Afghanistan, täglich Bomben hoch-

gehen. Genau diese Menschen sitzen mit den Flüchtlingen in den Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer zusammen, zum Beispiel mit Fischern aus dem Senegal. Die Regierungen habe deren Fischereirechte an große Fangflotten vor allem aus Europa verkauft.

Was übrigens macht der Senegal mit dem Geld aus dem Verkauf der Fangrechte? – Er bildet Fischer zu Bauern aus, damit diese Bauern dann lernen, dass sie mit den billigen Importen einer deutschen und bayerischen Landwirtschaft nicht mithalten können.

(Beifall der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Diese Missstände sind seit Langem bekannt. Trotzdem wagt es Herr Seehofer, in seinem Masterplan zu schreiben, man wolle durch Stärkung der Entwicklungshilfe Hilfe vor Ort leisten. Sie haben es gerade selber angesprochen: Der Etat ist gekürzt worden. – Herr Seehofer schreibt von Fördern und Fordern.

Ich übersetze Ihnen noch einmal, was das bislang heißt: Ihr gebt uns billig euren Fisch, und dafür bekommt ihr unseren Hähnchenfleischabfall. – Wenn Sie etwas tun wollen, dann bauen Sie für die Senegalesen eine Fangflotte im Senegal auf. Genau das tun wir aber nicht.

Ich verrate Ihnen auch, warum: Wir fördern nicht. Wir haben Afrika, Teile Asiens und Latein- und Südamerikas einfach nur als billige Rohstofflieferanten in unser Wirtschaftssystem integriert. Die Folgen davon sind eben Flucht und Migration.

Meine Damen und Herren von der CSU, dann kommen Sie und warnen im Namen der Humanität Seenotretter davor, sich zum Werkzeug von Schleppern zu machen. Das muss man sich schon noch einmal klar und deutlich vor Augen führen: Sie warnen im Namen der Humanität davor, dass Menschen auf hoher See Menschen retten.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft bezeichnet sich als größte Wasserrettungsorganisation der Welt. Ihr Leitsatz lautet: "Wir haben uns der Verhinderung von

Ertrinkungsfällen verpflichtet und tragen verantwortlich dazu bei, die Sicherheit der Menschen im, am und auf dem Wasser zu gewährleisten." Es ist auch der erste Grundsatz des Roten Kreuzes, Leben und Gesundheit zu schützen und der Würde des Menschen Achtung zu verschaffen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, viele von Ihnen haben genau in diesen Organisationen einen Posten. Sie alle wissen genau, was Humanität bedeutet. Sie haben sich dazu verpflichtet. Dann aber verstecken Sie sich hinter diesem herzlosen Antrag. Das müssen Sie nicht. Schicken Sie einfach die DLRG, die Wasserwacht, meinetwegen auch die Bayerische Grenzpolizei, die wir gestern unsinnigerweise beschlossen haben – aber dann täte sie wenigstens etwas Sinnvolles –, dorthin. Wenn Sie dem gelebten Ehrenamt Respekt zollen wollen, dann muss dieser zuvörderst den Menschen gelten, die auf dem Mittelmeer andere Menschen retten. Das ist ganz einfach.

Ich bin den GRÜNEN sehr dankbar für diesen heutigen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Stamm, ich möchte erstens feststellen, dass ich niemanden diskreditiert habe. Ich habe darauf hingewiesen, dass ein fremder Dritter die Hilfsbereitschaft eines anderen ins Kalkül zieht. Ich habe aber niemals Helfer diskreditiert. Wir haben eine hohe Achtung vor Menschen, die Menschen aus Seesnot retten. Dafür gebührt ihnen Dank.

Zweitens, zur Klarstellung: Den Entwicklungshilfeetat hat nicht der Bayerische Landtag gekürzt, sondern offensichtlich der Finanzminister auf Bundesebene.

Drittens. 0,8 % der landwirtschaftlichen Exporte Bayerns gehen nach Afrika. Sie gehen ausschließlich nach Südafrika. Das wollte ich nur klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Kollegin, ich will aus dem Antrag einfach noch einmal wörtlich zitieren: " ... dass sich die in der Seenotrettung Engagierten nicht zum Werkzeug skrupelloser Schlepperbanden machen lassen ...". Wir haben es gerade von der Kollegin Kamm gehört. Die Leute gehen trotzdem aufs Meer. Es geht nur darum: Lassen wir sie ersaufen oder nicht.

Da sind wir noch mal bei Ihrem Parteivorsitzenden und Bundesinnenminister, der gesagt hat, er möchte den Kapitän, der gerade gerettet hat, zur Verantwortung ziehen und auch anzeigen lassen. So viel zum Thema, man diskreditiere nicht. Man macht ihnen das Leben noch schwer, indem man ihnen eine Anzeige hinterherschickt – dafür, dass sie Leute retten. Das ist der erste Punkt.

Den zweiten Punkt habe ich leider vergessen, weil ich offenbar aus Ihrem eigenen Antrag zitieren muss. Tut mir leid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in aller Kürze nur fünf Anmerkungen machen. Die erste ist: Die Rettung von Menschen aus jeglicher Not ist zweifellos ein Gebot von Humanität und Mitmenschlichkeit, und Hilfe in der Not ist selbstverständlich auch bei der Rettung von Schiffbrüchigen im Mittelmeer geboten.

Zweitens. Es gibt nach meiner Beobachtung keinen Einzigen in diesem Parlament, der einem Ertrinkenden den Rettungsring verweigern würde – weder real noch in übertragenem Sinne. Frau Kollegin Schulze, Sie haben sich gestern Abend hier nachdrücklich für einen sachlichen Ton im Parlament eingesetzt. Ich will ausdrücklich festhalten,

dass ich absolut sicher bin, dass Sie mit Ihren Bemerkungen vorhin überhaupt nichts anderes zum Ausdruck bringen wollten, als dass es keinen Einzigen in diesem Parlament gibt, der einem Ertrinkenden den Rettungsring verweigern wollte. Sicherlich haben Sie nichts anderes gemeint.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Drittens. Es gehört leider auch zu dem brutalen Geschäft von Schleuserbanden, die Seenot, in die manche auf dem Mittelmeer geraten, überhaupt erst herbeizuführen. Auch das ist doch unbestreitbar richtig. Es sind Schleuser, die versuchen, Menschen unter falschen Versprechungen gegen erhebliche Geldsummen, die die Flüchtlinge zu bezahlen haben, nach Europa zu bringen. Es ist doch ganz offenkundig, dass es natürlich Einzelne gibt, die sich völlig selbstständig auf den Weg machen. Sie, Frau Kollegin, haben solche denkbaren Schicksale vorhin beschrieben. Aber auch die NGOs bestreiten nicht, dass Menschen in unverantwortlicher Weise zum Teil in Gummibooten auf dem Meer ausgesetzt werden. Manchmal sind sie auch in größeren Booten oder Kähnen, die aber völlig seeuntüchtig sind. Diese Schleuserbanden spielen in unverantwortlicher Weise mit Schicksalen von Menschen, die nach einem besseren Leben streben oder auf eine bessere Zukunft hoffen. Diese Menschen werden von den Schleusern in eine solche Lage gebracht. Dazu sage ich Ihnen in der Tat: Es muss die Herausforderung für uns alle sein, solchen Schleusern, die derartig unverantwortlich mit dem Leben anderer Menschen umgehen, das Handwerk zu legen. Denen muss man klar entgegenreten.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Viertens. Wenn Menschen erfreulicherweise erfolgreich aus Seenot gerettet worden sind, dann muss ihnen anschließend geholfen werden. Ich erlaube mir, erneut an dieser Stelle festzuhalten: Egal, ob es um Resettlement-Programme geht oder um welche Programme auch immer – das betrifft auch die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen

–, es gibt kein anderes Land in Europa, das in puncto Resettlement und hinsichtlich ähnlicher Programme mehr leistet als die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Realität. Umgekehrt muss uns aber schon bewusst sein, dass nicht jeder, der zum Beispiel von Schleusern an der nordafrikanischen Küste in ein Gummiboot gesetzt wird, automatisch nach Europa gebracht wird. Ich sage deshalb klar: Es ist richtig, dass möglichst schon die Küstenwachen nordafrikanischer Staaten Menschen davor bewahren, in Seenot zu geraten. Schon das wird zum Teil von anderen kritisiert. Sollen denn die nordafrikanischen Küstenwachen tatenlos zusehen, wenn sich jemand in unverantwortlicher Weise mit Booten, die allenfalls für den Starnberger See geeignet wären, auf das Mittelmeer begibt? – Nein, das ist natürlich nicht verantwortlich. Deshalb ist es richtig, dass die nordafrikanischen Küstenwachen in die Lage versetzt werden, stärker für den Schutz von Menschenleben zu sorgen.

Der libysche Staat hat beispielsweise die Malteser-Organisation gebeten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der libyschen Küstenwache in Notfallrettung auszubilden. Das empfinde ich als ein beachtliches Zeichen. Ich halte es jedenfalls für gut, wenn versucht wird, von der nordafrikanischen Küste aus die Seenot von Menschen zu verhindern.

Mein fünfter und letzter Punkt ist: Es ist die schwierige Situation in den afrikanischen Herkunftsländern angesprochen worden. Deshalb liegt die eigentliche, langfristige Lösung – wir müssen jetzt jeden davor bewahren, im Mittelmeer zu ertrinken; das ist gar keine Frage – darin, die Situation in Afrika so zu verbessern, dass Menschen von dort nicht mehr fliehen müssen. Daran werden wir wahrscheinlich noch lange arbeiten müssen. Wir müssen doch zum Ausdruck bringen – ich hoffe, darin sind wir uns einig –, dass die Entwicklungshilfe für Afrika deutlich verstärkt werden muss. Das darf aber nicht nur in Sonntagsreden deklamiert werden, sondern das muss real geschehen,

auch im nächsten Bundeshaushalt. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Bundesregierung zusammenrauft.

Es ist aus meiner Sicht unbestreitbar, dass wir auch für die Bundeswehr mehr Geld brauchen, wir brauchen in der Tat aber auch wesentlich mehr Geld für die Entwicklungshilfe, zum Beispiel für Afrika. Damit muss Ernst gemacht werden. Ich denke, gerade in der heutigen Zeit bietet dieser Bundeshaushalt genügend Spielräume. Deshalb müssen wir uns nachdrücklich gemeinsam, wie ich hoffe, dafür einsetzen, dass im neuen Bundeshaushalt wesentlich mehr Geld für die Entwicklungshilfe in Afrika zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir müssen den Menschen in Afrika eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat geben. Das ist besser als eine halsbrecherische Flucht über das Mittelmeer.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin Kamm hat eine Zwischenbemerkung.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, in vielen Punkten sind wir uns durchaus einig. Mich hat sehr gefreut, dass Sie auf Resettlement-Programme verwiesen haben. Die Zeiten, in denen sich Bayern an Resettlement-Programmen beteiligt hat, liegen weit zurück. Aber vielleicht kommen wir in Zukunft dazu, das zu tun, was notwendig ist.

Wozu ich Sie fragen wollte, ist das Thema – Sie haben das freundlich ausgedrückt – der Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Küstenwachen. Herr Minister, gibt es einen funktionierenden libyschen Staat? Gibt es eine Küstenwache, die so arbeitet, wie wir uns das vorstellen? Können Sie ausschließen, dass die Verbrecherbanden, die nachts die Menschen auf diese seeuntüchtigen Schiffe setzen, morgens die sind, die mit den schönen und teuren Schiffen, die die EU ihnen finanziert, auf dem Mittelmeer

herumfahren und die Menschen eben nicht retten, sondern wegschauen? Warum sind denn eigentlich in den letzten Wochen 1.400 Menschen ertrunken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Liebe Frau Kollegin Kamm, wir sind uns wahrscheinlich darin einig, auch wenn Sie natürlich viel an unserem Land kritisieren, dass angefangen vom Thema Rechtsstaat über Demokratie bis hin zum Sozialstaat und vielen anderen Aspekten es nur wenige Länder in der Welt gibt, die unseren heutigen Maßstäben in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden. Das kann aber nicht dazu führen, dass wir die Zusammenarbeit mit jedem anderen Land der Welt, das nicht die Maßstäbe erfüllt, die wir heute in der Bundesrepublik Deutschland haben, aufgeben. Das werden sicherlich auch Sie selbst nicht vertreten wollen.

Natürlich gibt es viele afrikanische Länder, in denen aus unserer Sicht indiskutable Zustände herrschen. Aber es muss doch darum gehen, dass wir den Menschen, die dort zu Hause sind, helfen. Wenn ich jedes afrikanische Land, in dem mir der momentane Regierungsstil nicht gefällt, von unserer humanitären Hilfe ausschließen wollte, dann käme ich nicht sehr weit. Ich glaube nicht, dass Sie das ernsthaft gemeint haben. Wenn ich die Menschen in Afrika erreichen will, muss ich also mit Ländern zusammenarbeiten, deren Regierungsform mir nicht besonders gefällt und wo die Demokratie nicht unseren rechtsstaatlichen Maßstäben genügt. Wir müssen trotzdem die Menschen erreichen.

Ich kann doch beim besten Willen nicht erklären, dass das Heil der vielen Millionen Menschen, die in Afrika leben, darin besteht, dass sie nach Deutschland oder nach Europa kommen sollen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Aber das sagt uns doch der gesunde Menschenverstand. Das kann doch niemand ernsthaft vertreten. Wir müssen den Menschen dort helfen. Nichts anderes habe ich gesagt und gewollt.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): In concreto Libyen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt kommt die zweite Intervention: von Herrn Kollegen Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Staatsminister, erstens, danke für die nachdenklichen Worte. Das macht Hoffnung.

Zweitens. Stimmen Sie mit mir überein, dass die Tatsache, dass Hilfsorganisationen im Moment schiffbrüchige Menschen im Mittelmeer retten, das Ergebnis eines Versagens der Europäischen Union und der europäischen Werte ist?

Drittens. Sie sagen, Europa könne nicht das Ziel sein. Europa muss zumindest als Hoffnung das Ziel sein. Daran müssen wir arbeiten.

Viertens. Ich stimme Ihnen zu. Ich bin genauso wie viele andere in diesem Hause bezüglich des Themas Entwicklungshilfe entsetzt. Da ich jahrelang in Entwicklungsländern gearbeitet habe, weiß ich, dass nicht nur Geld etwas ändert. Wir sollten viele Verträge, die im Namen Deutschlands und im Namen Bayerns abgeschlossen werden, auf einen humanitären Kodex überprüfen. Nichttarifäre Handelshemmnisse, die wir unterstützen, sind oft das Brechen von wirtschaftlichen Erfolgen, die wir zulassen; sie ermöglichen oft erst die humanitären Katastrophen, über die wir gerade miteinander diskutieren.

Wir müssen anfangen, diese Punkte auf den Prüfstand zu stellen, damit die europäischen Werte verwirklicht werden und die Hoffnung dieser Menschen auf Europa in diesen Ländern in Erfüllung gehen kann. Wir verstoßen in unseren Verträgen jeden Tag gegen diesen Kodex, dem wir uns in der Europäischen Union selbst verschrieben haben. – Sollten Sie auch dieser Meinung sein, dann haben wir, glaube ich, viel zu tun.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Georg Rosenthal (SPD): Humanitäre Hilfe ist eine Aufgabe Europas. Das kann nicht nur ein Zweijahres-Sonderprogramm sein.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Herr Kollege, Sie haben von europäischem Versagen oder von einem Versagen der EU gesprochen. Dort ist sicherlich manches nicht optimal gelaufen. Ich meine aber, dass wir das, was Europa leistet, und das, was unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, leistet, nicht schlechter reden sollten, als es ist. Ich darf darauf hinweisen, dass im Mittelmeer nach wie vor Schiffe der Bundesmarine unterwegs sind.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber weit weg!)

Auch Schiffe anderer europäischer Länder sind im Mittelmeer unterwegs. Zahlreiche Schiffe aus europäischen Staaten und aus NATO-Staaten haben in den letzten drei Jahren Hunderte, wenn nicht Tausende von Menschen im Mittelmeer gerettet. Ich habe jetzt keine konkreten Zahlen zur Hand.

Ich möchte mich nicht zu weit in der Außenpolitik verlieren. Zu Libyen darf ich aber schon daran erinnern, dass es seinerzeit gemeinsame Position im Bundestag und in der Bundesrepublik Deutschland war, dass wir es nicht für richtig gehalten haben, Libyen zu bombardieren. Lassen Sie uns nicht alles schlechtreden. Es waren andere, auch wichtige Partner, die gemeint haben, man könnte das Leben der Menschen in Libyen verbessern, indem man den damals in der Tat schlimmen Machthaber dort mit Bombenangriffen kleinkriegt. Das Ergebnis war eine totale Katastrophe in Libyen, an der die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligt war.

(Reinhold Bocklet (CSU): So ist es!)

Wir sollten nicht alles in einen Topf werfen und unsere politische Verantwortung nicht schlechter reden, als sie ist. Im Nachhinein hat sich die damals gemeinsam vertretene Position der Bundesrepublik Deutschland als richtig erwiesen. Dieses Chaos haben andere zu vertreten. Das rechtfertigt keine Verbrecherbande in Libyen. Ich möchte nur sagen: Die dortige Situation ist nicht von der Bundesregierung, egal, von wem sie ge-

stellt wurde, zu vertreten. Wir handeln humanitär. Deshalb würde ich einem pauschalen Rundumschlag nach dem Motto, die EU hat kolossal versagt, nicht zustimmen. Wir sind uns einig, dass die dortige humanitäre Situation unbefriedigend ist. Wir müssen jetzt schauen, wie wir Schritt für Schritt vorankommen.

Europa muss eine Hoffnung für Afrika sein. Das gilt jedoch nicht für eine komplette Auswanderung, sondern für eine starke Hilfe für die Menschen dort. Auch in puncto Menschenrechte muss Europa eine Hoffnung für Afrika sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir führen zunächst zwei Abstimmungen in einfacher Form und anschließend zwei Abstimmungen in namentlicher Form durch. Nach den beiden namentlichen Abstimmungen werden wir die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag Nummer 2 durchführen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23246, das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Muthmann (fraktionslos) und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23248, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktio-

nen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Das sind zwei bis drei Vertreter der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/23247. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.37 bis 11.42 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Bitte nehmen Sie wieder Platz. Es folgt gleich die nächste namentliche Abstimmung.

Ich rufe zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23227 auf; das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 11.43 bis 11.46 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus.

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir haben zunächst eine einfache Abstimmung, dann eine weitere namentliche Abstimmung vor uns.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. – Ich komme auf den Dringlichkeitsantrag Nummer 2 zurück. Als Erstes lasse ich in einfacher Form über den Antrag der CSU-Fraktion abstimmen; das ist der Antrag auf Drucksache 17/23245. Wer dem Antrag der CSU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. –

Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, der Kollege Muthmann (fraktionslos) und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – FREIE WÄHLER. Damit ist der Antrag angenommen.

Nun komme ich zu dem Antrag in geänderter Form. Ich weise noch einmal darauf hin, was Prof. Piazzolo gesagt hat. Das ist die Drucksache 17/23226, Antrag der FREIEN WÄHLER. Namentliche Abstimmung! Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 11.48 bis 11.51 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaals aus.

(Unruhe)

Bitte nehmen Sie wieder Platz. Unterhalten Sie sich bitte draußen!

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Dank an Seenotretterinnen und Seenotretter", Drucksache 17/23227: Mit Ja haben 72 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt, Stimmenthaltungen: 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Seenotrettung verstärken, Seenotretter unterstützen und auszeichnen!", Drucksache 17/23247: Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein 91, Stimmenthaltungen: 18. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.07.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Dank an Seenotretterinnen und Seenotretter (Drucksache 17/23227)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			X
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	72	86	3

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.07.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Seenotrettung verstärken, Seenotretter unterstützen und auszeichnen! (Drucksache 17/23247)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	54	91	18